

Gemeinderätin
Dr. Andrea Sickl

An den
GEMEINDERAT
der Landeshauptstadt Graz

Mittwoch, 21. September 2005

Betr.: Lärmbelästigung im Universitätsviertel

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!
Sehr geehrte Damen und Herren!

„Offene Briefe“ der „Interessensgemeinschaft Lebenswertes Universitätsviertel“ vom Mai 2004 und Juni 2005 zeigen auf, dass die Lebens- und Wohnqualität der Bewohner des Universitätsviertels nach wie vor unzumutbar beeinträchtigt ist und sie in der Nacht nicht mehr schlafen können. Grund dafür ist die extrem hohe Anhäufung von Lokalen im Bereich des Universitätsviertels, von denen die meisten mit Öffnungszeiten bis in die frühen Morgenstunden – oder gar mit durchgehenden Öffnungszeiten – ausgestattet sind, weshalb Schlafstörungen durch Lärmbelastungen ausgehend von den Lokalen (Basstöne !!), Gast- und Schanigärten sowie insbesondere von Gästen **vor den Lokalen** hervorgerufen werden. Lärmend herumziehende Lokalbesucher stören nicht nur die Nachtruhe der Wohnbevölkerung sondern beschädigen Hausfassaden, zerschlagen Flaschen und Gläser, demolieren Autos, verrichten ihre Notdurft auf den Gehsteigen, in den Vorgärten und Hauseinfahrten.

Zeitungsmeldungen wie „Dieser Lärm ist nicht mehr zu ertragen“ oder „Anrainer greifen zur Selbsthilfe“, „Sind nicht Klein St. Pauli“ zeigen drastisch auf, dass es hier großen Handlungsbedarf gibt. Auch ist anzumerken, dass sich in der Hugo-Wolf-Gasse 2-4 das Sanatorium Dr. Hoff befindet, das ebenfalls von dieser Problematik voll betroffen ist und bereits um Abhilfe gebeten hat. Betroffen sind aber auch die Schulkinder, die täglich am Schulweg (Lichtenfelsgymnasium, Elisabethschule, Seebachergymnasium) die „Überreste der Nacht“ sehen können, welche von „Alkleichen“ über Erbrochenes bis hin zu Glasscherben, Bier- und Schnapsflaschen reichen. Im Stadtentwicklungskonzept wird ebenfalls festgehalten, dass betreffend der Verbesserung und Gestaltung des Wohnumfeldes Initiativen für eine Novellierung der Gewerbeordnung in Hinblick auf eine Konfliktminimierung von Vergnügungsstätten mit dem Wohnumfeld geschaffen werden sollen.

Namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs stelle ich daher den

ANTRAG,

dass die Stadt Graz an den Bundesgesetzgeber herantritt, um eine Änderung der Gewerbeordnung dahingehend einzufordern, dass zum Schutz der Wohnbevölkerung in sensiblen Zonen (Kindergärten, Schulen, Krankenhäusern, Seniorenheimen) sowie in bestimmten Baulandskategorien, wie z.B. im reinen Wohngebiet (WR), Wohnen Allgemein (WA) und Kerngebiet (KG) bei der Bewilligung von Gaststätten/Betriebsstätten vom einfachen Bewilligungsverfahren Abstand genommen werde und die Nachbarrechte wieder gestärkt werden.

Gemeinderätin

Dr. Andrea Sickl

An den
GEMEINDERAT
der Landeshauptstadt Graz

Mittwoch, 21. September 2005

Betr.: Notrufsäulen im Grazer Stadtpark

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!
Sehr geehrte Damen und Herren!

Schon seit langem verweisen *die Grazer Freiheitlichen* auf den dringenden Handlungsbedarf im Grazer Stadtpark. Der Drogenhandel im Stadtpark ist nur ein Problembereich. Auch Vandalismus, Alkoholexzesse, Lärm, Taschendiebstähle, sexuelle Belästigungen, Raufereien, Körperverletzungen, und immer wieder Raubüberfälle verängstigen Pensionisten, Mütter mit Kleinkindern, aber zunehmend auch Frauen und Männer, die alleine im Park unterwegs sind. Der Stadtpark ist als Ort der Erholung gedacht, die Grazerinnen und Grazer müssen aber permanent befürchten, ein Opfer einer Gewalttat zu werden.

Sinnvoll erscheint mir ein „rund um die Uhr“ - Patrouillenschutz einerseits durch Zivilstreifen der Polizei und andererseits durch die Parkwächter der Stadt Graz. Wichtig wäre aber auch die Installierung von Notrufsäulen. Diese sollten leicht zu bedienen sein und rund um die Uhr eine direkte Verbindung zur Grazer Polizei ermöglichen. Dadurch wäre den Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit gegeben, rasch und anonym Straftaten und Verdachtsmomente zu melden oder rasch Hilfe herbeizuholen.

Um den Grazer Stadtpark wieder zu dem zu machen, wofür er eigentlich angelegt wurde, nämlich zu einem Ort der Erholung und Entspannung, zu einem Ort, wo Pensionisten spazieren, Kinder spielen und Jugendliche Sport betreiben können, muss das Sicherheitsgefühl der Parkbesucher gestärkt werden. Ich glaube, dass die Installation von Notrufsäulen dazu einen wichtigen Beitrag leisten könnte.

Namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs stelle ich daher den

A n t r a g ,

dass die Errichtung von Notrufsäulen im Grazer Stadtgebiet, insbesondere für den Grazer Stadtpark im Arbeitskreis Sicherheit überlegt und auf eine baldige Realisierung hin überprüft werde.

Gemeinderat
Alexander Lozinsek

An den
GEMEINDERAT
der Landeshauptstadt Graz

Montag, 19. September 2005

Betrifft: Niederflurstraßenbahnen auf den Linien 1 und 7!

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!
Sehr geehrte Damen und Herren!

Der Ausbau des öffentlichen Verkehrs muss nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ gefördert werden. Es wird in Zukunft nicht mehr ausreichen, nur Visionen über Verlängerungen oder neue Linien zu präsentieren. Entscheidend wird auch ein Ausbau der Qualität unserer öffentlichen Verkehrsmittel sein, will man wirklich viele Grazerinnen und Grazer zum Umsteigen bewegen.

Eine Qualitätssteigerung bringt die Niederflurstraßenbahn. Vor allem ältere und gehbehinderte Menschen, aber auch Mütter mit Kinderwägen können in diese Straßenbahnzüge bequem ein- und aussteigen. Da es derzeit nicht möglich ist alle Straßenbahngarnituren mit Niederflurelementen auszustatten sollte überlegt werden, welche Linien am häufigsten von jenen Fahrgästen benutzt werden, denen ein Niederflurelement Erleichterung bringen würde. Meines Erachtens nach sind dies vor allem die Linien 1 und 7, da sie das LKH und das UKH sowie das LKH-West bedienen.

Bei der Linie 7 wird bereits aus diesem Grund verstärkt der Einsatz von Niederflurstraßenbahnen durchgeführt. Bei der Linie 1 ist dies derzeit nicht möglich, da nur insgesamt 30 Fahrzeuge mit Niederflurelementen vorhanden sind. Durch eine nur mit geringem Kostenaufwand verbundene Maßnahme könnten aber auch die Patienten und Besucher des UKH in Graz-Eggenberg sowie des LKH-West von den Vorteilen der Niederflurelemente profitieren. Derzeit führt die Linie 7 vom LKH Graz in St. Leonhard nach Wetzlesdorf, die Linie 1 von Mariatrost nach Eggenberg zum UKH bzw. LKH-West. Beide Linien legen einen Großteil ihrer Fahrstrecke, nämlich von der Reiterkaserne bis zur Alten Poststraße gemeinsam zurück. Würde man ab der Haltestelle „Alte Poststraße“ die Linienführungen tauschen, so dass die Linie 7, auf der die Cityrunner eingesetzt werden, nach Eggenberg zum UKH weiter fährt und die Linie 1 nach Wetzelsdorf, dann wären die Niederflurstrassenbahnen durchgehend zwischen LKH und UKH sowie LKH-West im Einsatz.

Namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklub stelle ich daher den

Antrag,

der Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz möge beschließen:

Die Grazer Verkehrsbetriebe werden aufgefordert, alle Möglichkeiten eines Linientausches iSd Motivenberichtes zwischen den Linien 1 und 7 zu prüfen, um sowohl das LKH als auch das UKH mit Niederflurstraßenbahnen optimal bedienen zu können.



Gemeinderatsklub SPÖ Graz

A - 8010 Graz-Rathaus
Telefon: (0316) 872-2120
Fax: (0316) 872-2129
email: spoe.klub@graz.at
www.graz.spoe.at/gemeinderatsklub

Betrifft: Änderung des Taxi-Kurzstreckentarifs

ANTRAG

**an den Gemeinderat
eingebracht von Gemeinderat DI Dr. Günter Getzinger
in der Sitzung des Gemeinderates
vom 22. September 2005**

Im Frühjahr des heurigen Jahres kam es zur Erlassung eines verbindlichen Taxitarifs für die Gemeinden Graz, Feldkirchen bei Graz und Leoben.

Im Vorfeld zur Erlassung dieser Verordnung wurde u.a. auch die Stadt Graz zur Abgabe einer Stellungnahme eingeladen: Prinzipiell hat diese in ihrer Empfehlung die Erlassung eines verbindlichen Taxitarifs zwar positiv beurteilt. Gleichzeitig wurde in dieser schriftlichen Stellungnahme aber eine damit einhergehende Anhebung der Tarife für Kurzstrecken strikt abgelehnt, da davon auszugehen ist, dass im Stadtgebiet von Graz Kurzstreckenfahrten häufig vorkommen und daher die Grazer Bevölkerung stärker betroffen sein wird. Leider fand diese Befürchtung in der im März dieses Jahres in Kraft getretenen Verordnung keine Berücksichtigung und es kam zur beträchtlichen Erhöhung des Kurzstreckentarifs.

Nunmehr, nach einigen Monaten der praktischen Erfahrung mit dieser neuen Tarifgestaltung zeigt es sich, dass durch die exorbitante Erhöhung des Taxi-Fahrpreises für Kurzstrecken die Taxifahrten im Stadtgebiet eklatant zurückgegangen sind. Diese Situation lässt nicht nur TaxifahrerInnen und Taxi-UnternehmerInnen um ihre Existenz bangen, sondern zeigt vor allem auch, dass die Mobilität vieler leidet: Vor allem ältere und finanziell schlechter gestellte GrazerInnen können sich augenscheinlich Fahrten zum Arzt, für Besorgungen, zu Besuchszwecken etc. nicht mehr leisten.

Der Leobener Gemeinderat, in dessen Gemeinde diese Verordnung zu ähnlichen Symptomen führte, hat bereits in Form einer entsprechenden Willenserklärung reagiert, um die dringlich notwendige Änderung des Taxitarifes herbeizuführen.

Namens des sozialdemokratischen Gemeinderatsklubs stelle ich daher den

Antrag,

der Gemeinderat möge beschließen, im Wege einer Petition an das Land zwecks Änderung des Kurzstreckentarifes im Sinne der damaligen Stellungnahmen der Stadt Graz und des oben angeführten Motivenberichtes heranzutreten.